

### Investieren statt Sparen – Was ist solide in der Finanzpolitik?

#### 1. Einleitung

Angesichts immer neuer Hitzerekorde, dem „Feuerinferno in Lytton“<sup>1</sup> (Kanada), Trockenheit, Waldschäden und Ernteschäden wächst die Klimasensibilität auch in Deutschland. Corona hat zudem ein tieferes Bewusstsein für die globale Verkettung der Menschheit gebracht. Daher betonen (fast) alle Parteien die Bedeutung des Klimaschutzes.

Gleichwohl regiert die Angst vor einem widerständigen Wahlvolk („Gelbwesten“). Dies ist aber „ein verkürztes (...) Verständnis von repräsentativer Demokratie und vom Staat. Denn das Parlament soll (...) das Wohl des gesamten Volkes ermitteln und die Regierung beauftragen, das Notwendige durchzusetzen.“<sup>2</sup>

Auf den Punkt bringt diesen vorausseilenden Opportunismus das Wahlprogramm von CDU/CSU. Klimapolitik erfolgt hier „gemeinsam mit der Wirtschaft und den Sozialpartnern und ohne Überforderung der Verbraucherinnen und Verbraucher.“<sup>3</sup> Als gäbe es hierbei keine Konflikte.

Im April 2021 musste das Bundesverfassungsgericht die Bundesregierung ermahnen, dass ihr Klimaschutzgesetz zu unkonkret sei und damit die Handlungsmöglichkeiten jüngerer Generationen unzulässig einschränke.<sup>4</sup>

Angesichts der Kosten des Klimaschutzes und auch der erkennbaren weiteren Felder öffentlicher Ausgaben ist „Eine neue deutsche Finanzpolitik“<sup>5</sup> nötig. Hier zeigen sich große Unterschiede in den Wahlprogrammen der Parteien.<sup>6</sup>

#### 2. CDU/CSU-Wahlprogramm: Quadratur des Kreises

Im Mai hatte der niedersächsische Finanzminister Hilbers seine „gesamten Gedanken zum Thema“<sup>7</sup> Staatsfinanzen, Wirtschaft und Wachstum zu Papier gebracht. Hierin besinnt er sich auf Ludwig Erhard.<sup>8</sup> Gut einen Monat später wurde das Wahlprogramm von CDU/CSU zur Bundestagswahl 2021 vorgestellt.<sup>9</sup>

Die mediale Reaktion auf Hilbers war gering, dagegen zum Wahlprogramm relativ einhellig:

„CDU und CSU versprechen im Wahlkampf mehr, als sie halten können“<sup>10</sup>, „Sammelsurium ohne zündende Ideen“<sup>11</sup>, „Lieber keine Experimente (...) auch wenn das Wahlprogramm den Titel trägt: ‚Stabilität und Erneuerung‘, so liest es sich doch eher wie ‚Stabilität statt Erneuerung‘,<sup>12</sup> „Marketing und Propaganda“,<sup>13</sup> „Frechheit“<sup>14</sup>.

„Die Union verspricht ein magisches Dreieck aus sinkenden Steuern im Milliardenumfang, ohne die wegfallenden Einnahmen durch Einsparungen an anderer Stelle ausgleichen zu wollen. Gleichzeitig soll zum Staatshaushalt ohne große Schulden zurückgekehrt werden. Sich damit als Lager der finanzpolitischen Vernunft zu verkaufen - das muss man sich erst einmal trauen.“<sup>15</sup>

„Wir werden nichts versprechen, was wir nicht einhalten können“ so eine Eingangsaussage des Wahlprogramms (S. 4). Was folgt, ist ein Füllhorn an Versprechungen für alle:

- Klimaneutral bis 2045 (s.o.)
- „Wir werden (unsere) Familien (...) finanziell entlasten und ihnen geben, was für alle wichtig ist: Zeit füreinander, Sicherheit, mehr finanzielle Spielräume, gute Schulen und Kitas“ (S. 75) „kein Kind darf zurückbleiben“ (S. 80).
- Solide Finanzen: Keine Steuern erhöhen, stattdessen Steuern senken (S. 34). Die Schuldenbremse bleibt. „Gleichzeitig wollen wir so schnell wie möglich ohne neue Schulden auskommen.“ (beide S. 70)
- Mehr Geld für Infrastruktur, Breitbandausbau, Kommunen, Hochschulen, Forschung, Innovation, Verteidigung, ...
- Mehr als 1,5 Mio Wohnungen sollen bis 2025 neu gebaut werden. „Wo Wohnraum teuer ist oder fehlt, wie in vielen Großstädten, heißt unsere Devise: mehr, schnell, modern und bezahlbar bauen.“ (S. 123) Die ökologische Sanierung von Gebäuden soll stärker gefördert werden. Die Bauwirtschaft soll mehr mit Holz und als Kreislaufwirtschaft bauen.
- Umfassender Bürokratieabbau (z.B. durch Digitalisierung)
- Die Union ruft ein „Modernisierungsjahrzehnt“ aus und will ein „Entfesselungspaket“ (S. 34) für die Wirtschaft starten.

**Für alle was dabei - ,wasch mich, aber mach mich nicht nass‘**  
CDU/CSU schwanken zwischen neoliberaler Radikalität (entfesseln) und konservativem Paternalismus (Familien Zeit geben).

<sup>1</sup> Spiegel online, 02.07.2021

<sup>2</sup> Greffrath (2021), S. 64

<sup>3</sup> CDU/CSU (2021), S. 33

<sup>4</sup> Bundesverfassungsgericht (2021)

<sup>5</sup> Sigl-Glöckner et al. (2021)

<sup>6</sup> Bulmahn et al. (2021), Süddeutsche Zeitung (2021)

<sup>7</sup> Begleittext zu Hilbers (2021): <https://reinhold-hilbers.de/>, 27.05.21

<sup>8</sup> Hilbers (2021)

<sup>9</sup> CDU/CSU (2021),

<sup>10</sup> Kommentar Augsburg Allgemeine 21.06.2021

<sup>11</sup> Kommentar, tagesschau 21.06.2021

<sup>12</sup> Analyse, tagesschau, 21.06.2021

<sup>13</sup> Ulrich Reitz (Focus online) im Presseclub (ARD), 20.06.2021

<sup>14</sup> Stefan Schulz (Journalist) im Presseclub (ARD), 20.06.2021

<sup>15</sup> Münchener Abendzeitung, 21.06.2021

Zudem tut das Programm so, als wären CDU/CSU in den letzten 16 Jahren nicht regierungsverantwortlich gewesen. Auch im Papier von Hilbers ist die Kritik an den Regierungen Merkel und eine Sympathie für die Agenda 2010-Politik der Regierung Schröder erkennbar.

„Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrtausends sind starke Anstrengungen unternommen worden, Bürokratie abzubauen, die Staatsquote zu senken und zu deregulieren. Mit wirksamen Reformen wurde der Wettbewerb gestärkt und die Rolle des Staates in der Wirtschaft zurückentwickelt. Im darauffolgenden Jahrzehnt nahm die Entwicklung einen anderen Weg.“<sup>16</sup>

Das Programm ist eine gut erkennbare Überdehnung zwischen „Modernisierung“ und „Weiter so“. So heißt es einerseits:

„die Pandemie (hat) gezeigt, dass unser Land in einigen Bereichen nicht schnell, nicht agil und nicht mutig genug ist.“ (S. 33)

Andererseits setzen CDU/CSU auf „keine Experimente“ (Wahlslogan von Konrad Adenauer 1957):

„Unser Ziel ist, so schnell wie möglich wieder zurück zu einer Normalität zu gelangen.“ (S. 4)

Während der Corona-Krise hieß es immer wieder ‚es könne kein Zurück zur alten Normalität geben.<sup>17</sup> Dies bezieht sich grundsätzlich auf unsere Lebensweise mit der Zerstörung von Lebensraum und Klimawandel. Es bezieht sich aber auch konkret auf erkannte Mängel in Krankenhäusern, der Pflege, Arbeitsbedingungen in Schlachthöfen, Kreuzfahrten, Flugverkehr. Nur aufgrund des Corona-Lockdowns konnten 2020 die selbst gesteckten CO<sub>2</sub>-Minderungsziele der Bundesregierung erreicht werden.<sup>18</sup> Im Wahlprogramm bleibt offen wie mit dem folgenden Nachholprozess („Normalität“) das Ziel erreicht werden soll.

Exemplarisch für das Programm, das bereits alles auf gutem Wege sieht:

„Die Soziale Marktwirtschaft (...) ist Fundament unseres Erfolgs als innovative, leistungsfähige und nachhaltige Volkswirtschaft. Sie verbindet Chancen für den Einzelnen mit sozialer Sicherheit in unserer Gesellschaft. Sie ist die Ordnung, die wie keine andere Ökonomie, Ökologie und Soziales in Einklang bringt.“ (S. 33).

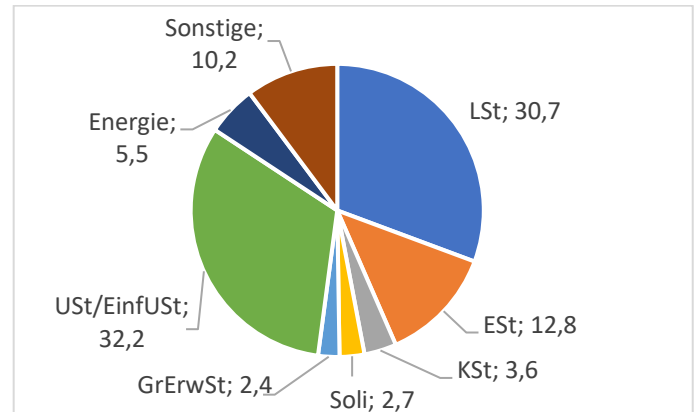
**Nachhaltig?** Unsere Wirtschaftsordnung schafft eben nicht den Ausgleich von Ökonomie und Ökologie. Das macht den Klimawandel so dringend und braucht mehr als alte Wahlslogans.

**Sozialer Ausgleich?** 16 Monate nach dem ersten Corona-Lockdown in Deutschland und zahllosen Diskussionen über die Bezahlung „systemrelevanter“ Pflegekräfte, Paketboten oder Kassiererinnen eine funktionierende Verbindung von Chancen und Sicherheit zu behaupten, ‚muss man sich erst einmal trauen‘.

„Schulschließungen während der Corona-Krise haben nach Einschätzung der OECD die soziale Benachteiligung in Deutschland deutlich verschärft.“<sup>19</sup> Die Reichen sind nochmals reicher geworden<sup>20</sup> und die unteren Einkommensgruppen haben verloren.<sup>21</sup> Der Staat hat zur Krisenabwehr seine Verschuldung stark

ausgeweitet. Die steuerliche Lastverteilung ist weit von einer leistungsgerechten Vorstellung entfernt.<sup>22</sup> Lohn- und Umsatzsteuern trugen 2020 fast zwei Drittel der Steuerlast.

**Abb. 1 Steuereinnahmen Deutschland 2020 (in % der Gesamteinnahmen, Quelle: BMF)**



### Aufruf zum Klassenkampf?

„Soziale Marktwirtschaft statt sozialistischer Umverteilung.“ (S. 5). Ist dies der Konflikt? Auch Finanzminister Hilbers sieht das Soziale heute überstrapaziert und hierdurch die unternehmerischen Wachstumskräfte gefesselt.<sup>23</sup>

Während noch immer daran gearbeitet wird, die Folgen eines ‚entfesselten Kapitalismus‘ aus der Finanzkrise 2008/2009 in den Griff zu bekommen (Bankenregulierung, EZB-Stützungen, Nullzins, Cum-Ex, Wirecard), will die Union schon wieder „Bürokratie für Finanzmarktteilnehmer abbauen“ (S. 74) und will ein „Entfesselungspaket“ starten. Menschen vergessen schnell.

Andere sehen dagegen das Soziale in der deutschen Marktwirtschaft infrage gestellt:

„Das Erhard'sche Ziel ‚Wohlstand für alle‘ ist heute nur mehr eine Illusion. Deutschlands soziale Marktwirtschaft, wie wir sie über sieben Jahrzehnte gekannt haben und in der die soziale Sicherung aller Bevölkerungsgruppen gewährleistet war, existiert nicht mehr.“<sup>24</sup>

Das Wahlprogramm geht aber weiter in Richtung Polarisierung: Nach Stefan Bach, Steuerexperte des DIW belaufen sich die Unionsvorschläge für Steuersenkungen auf 27 Mrd EUR/Jahr.

- 17 Mrd EUR - Unternehmenssteuer auf 25% senken, davon 12 Mrd EUR für das reichste Prozent Einkommensbezieher.
- 10 Mrd EUR - Abschaffung Solidaritätszuschlag, davon 6 Mrd EUR für das reichste ein Prozent.“<sup>25</sup>

### 3. Deutschlands Finanzpolitik trotz dem Trend

Die Union setzt auf den trickle-down-Effekt. Steuersenkungen führen zu höheren Investitionen und höherem Wachstum. Neue Arbeitsplätze und steigende Einkommen „sichern“ dann

<sup>16</sup> Hilbers (2021), S. 2

<sup>17</sup> Z.B. Laschet (2021); auch Greffrath (2021), S. 61

<sup>18</sup> BMU (2021)

<sup>19</sup> MDR (2021)

<sup>20</sup> Keynes-Gesellschaft | Regionalgruppe Nord (2021c)

<sup>21</sup> DGB (2021)

<sup>22</sup> Windels (2020)

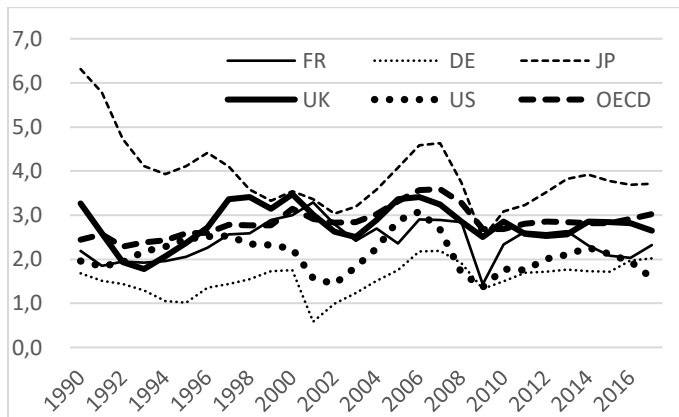
<sup>23</sup> Hilbers (2021), S. 4

<sup>24</sup> Fratzscher (2016), S. 9

<sup>25</sup> Hirschel (2021)

zu den niedrigeren Einkommensgruppen durch. „trickle down“ war die Begründung für Steuersenkungen unter Reagan Anfang der 80er Jahre. Dies war und ist eine Illusion. Auch eine ‚zu hohe‘ Steuerlast deutscher Unternehmen ist strittig (Abb. 2).

**Abb. 2 Steuern auf Einkommen und Gewinne von Unternehmen, in % des BIP (1990-2017, Quelle: OECD)**



Mit der Wahl von Joe Biden zum neuen US-Präsidenten wurden auch die finanzpolitischen Weichen neu gestellt. Er will eine globale Mindeststeuer für Unternehmen, um den Wettlauf zu niedrigsten Steuern zu unterbrechen und das weitere finanzielle Ausbluten der staatlichen Haushalte zu unterbinden.<sup>26</sup> Er will Steuererhöhungen für die Reichsten und öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, um einen sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft zu erreichen.

*„Es ist an der Zeit, dass die amerikanischen Unternehmen und die reichsten 1% der Amerikaner ihren gerechten Anteil zahlen. (...) Viele Unternehmen hinterziehen Steuern durch Steuerparadiese (...). Wir werden die Unternehmenssteuern reformieren, so dass sie ihren gerechten Anteil zahlen - und helfen, die öffentlichen Investitionen zu bezahlen, von denen ihre Unternehmen profitieren werden. Und, wir werden Arbeit belohnen, nicht Reichtum. Wir heben den Spitzensteuersatz für die reichsten 1% der Amerikaner - diejenigen, die 400.000 Dollar oder mehr verdienen - wieder auf 39,6% an.<sup>27</sup> (...) Wir werden die Schlupflöcher beseitigen, die es Amerikanern, die mehr als 1 Million Dollar im Jahr verdienen, erlauben, einen niedrigeren Steuersatz auf ihre Kapitalgewinne zu zahlen als arbeitende Amerikaner auf ihre Arbeit zahlen. (...) Und die IRS<sup>28</sup> wird hart gegen Millionäre und Milliardäre vorgehen, die bei ihren Steuern betrügen. (...) Schauen Sie sich die große Steuersenkung von 2017 an. Sie sollte sich selbst tragen und ein enormes Wirtschaftswachstum generieren. Stattdessen erhöhte sie das Defizit um 2 Billionen Dollar. Es war ein riesiger unverhoffter Gewinn für Corporate America und diejenigen an der Spitze. Anstatt die Steuerersparnisse zu nutzen, um Löhne zu erhöhen und in Forschung und Entwicklung zu investieren, flossen Milliarden von Dollar in die Taschen der CEOs.<sup>29</sup> (...) Die Pandemie hat die Dinge nur noch schlimmer gemacht. 20*

<sup>26</sup> Auf dem G20-Treffen der Finanzminister am 09./10.07.2021 wurde dieses Vorhaben weiter auf den Weg gebracht. S. OECD (2021)

<sup>27</sup> Zzgl. State- und County-Taxes. Zum Vergleich der Steuerbelastungen USA- Deutschland vgl. Jarass et al. (2018), insbes. S. 145 u. 154

<sup>28</sup> US-Bundessteuerbehörde

<sup>29</sup> Hierzu auch Gechert/Heimberger (2021)

*Millionen Amerikaner haben durch die Pandemie ihren Job verloren - Amerikaner aus der Arbeiter- und Mittelschicht. Gleichzeitig stieg das Nettovermögen der rund 650 Milliardäre in Amerika um mehr als 1 Billion Dollar. (...) die Trickle-Down-Ökonomie hat noch nie funktioniert. Es ist an der Zeit, die Wirtschaft von unten nach oben und von der Mitte nach außen wachsen zu lassen.<sup>30</sup>*

Nach dem Global Wealth Report 2021 stieg auch in Deutschland die Zahl der ‚Superreichen‘ (Vermögen > 100 Mio US-Dollar) 2020 um 6,4% auf 2.900. Das Vermögen dieser Gruppe stieg um 5,9% oder 100 Mrd USD (!) auf 1,8 Billionen USD.<sup>31</sup> BCG erwartet eine Fortsetzung des starken Anstiegs dieser Vermögen. CDU/CSU trotzen mit ihrem Programm diesem Richtungswechsel. Mit ihrem ‚Blick zurück nach vorn‘ versuchen die Konservativen an „die gute alte Zeit“ anzuknüpfen. Diese hat so aber wohl nie existiert (s.u.). Sie kann auch keine Blaupause für heute oder morgen sein. Geschichte wiederholt sich nicht. Helmut Kohl versprach 1990 den BürgerInnen in den neuen Bundesländern „ein zweites Wirtschaftswunder“ und „blühende Landschaften“. Die hat es so nicht gegeben. Die Wahl hat Kohl damals dennoch gewonnen. Ein Vorzeichen für 2021?

#### 4. Die Zeit drängt: Es geht um Ideen, nicht um Propaganda

Die offenbaren Probleme sind dringlich und nicht verschiebbar:

- Gesundheit,
- Klimawandel,
- Demografie,
- Digitalisierung und
- sozialer Zusammenhalt.

Gefordert sind neben privaten Innovationen und Investitionen vor allem staatliche Förder- und Investitionsprogramme.<sup>32</sup> Die erneuerbaren Energien wären ohne staatliche Förderung (Forschung, Einspeisevorrang, ...) nicht da, wo sie heute sind. Gleiches gilt für die Elektromobilität oder die CO<sub>2</sub>-neutrale Stahlproduktion. Hier allein auf Unternehmergeist und Risikofinanzierung zu hoffen, heißt den Kopf in den Sand zu stecken. In der Regel werden dabei gesellschaftliche Entwicklungsprozesse auf das Ökonomische reduziert.<sup>33</sup>

Es kommt auf eine aktive Finanzpolitik an, um den sozial-ökologischen Umbau deutlich zu beschleunigen. Dies Auseinandersetzung muss zentrales Thema im Wahlkampf sein. In diesem Sinne ist das Wahlprogramm von CDU und CSU eine „Frechheit“. Es ist aber auch nicht begreiflich, warum es anderen Parteien nicht gelingt, diesen Popanz als solchen zu benennen und sich als bessere Alternative zu präsentieren.

#### 5. Wem gehört die „soziale Marktwirtschaft“

„Die CDU ist die Partei der sozialen Marktwirtschaft“. <sup>34</sup> Doch auch in der SPD und beim DGB gibt es Stimmen, die die

<sup>30</sup> Biden (2021), eigene Übersetzung

<sup>31</sup> BCG (2021)

<sup>32</sup> BDI gegen „schwarze Null“ im Bundeshaushalt, FAZ, 12.07.2021

<sup>33</sup> Felbermayr et al. (2021), kritisch hierzu Greffrath (2021), S. 63, Windels (2012)

<sup>34</sup> Hilbers (2021), S. 1. Kritisch zu Ludwig Erhard s. Herrmann (2019)

„Erfindung“ der „Sozialen Marktwirtschaft“ für sich reklamieren, oft mit Verweis auf den Sozialdemokraten Leonard Miksch.<sup>35</sup> Miksch war vor Müller-Armack Mitarbeiter von Ludwig Erhard und entwarf z.B. wesentlich das Leitsatzgesetz von 1948. Für Hans Tietmeyer war die Preis- und Bewirtschaftungsfreigabe durch dieses Gesetz die Geburtsstunde der Sozialen Marktwirtschaft.<sup>36</sup> Für Miksch ist Wettbewerb „eine staatliche Veranstaltung“ und erfordert einen starken Staat.

Angesichts der Vielfalt des Verständnisses des „Sozialen“ in der sozialen Marktwirtschaft hilft dieser Vereinnahmungsstreit nicht recht weiter. Historisch gesehen, schließen wir uns der Einschätzung von Ursula Weidenfeld an: „CDU und SPD waren in ihren Anfangsjahren weiß Gott keine marktwirtschaftlichen Parteien – sie wurden es mit der sozialen Marktwirtschaft.“<sup>37</sup>

Der Begriff ist „im konzeptionellen Sinne eben keine Theorie, sondern eine flexible programmatische, aber auch diskursive Strategie zur Um- und Durchsetzung marktwirtschaftlicher Reformpolitik unter politischen Bedingungen des Vorbehalts gegen wirtschaftsliberalen Überschwang“.<sup>38</sup>

In Anlehnung an Ludwig Erhard formuliert Hilbers eine Rückkehr zu mehr Markt und weniger Staat. Wie das Wahlprogramm von CDU/CSU strebt auch Hilbers „schnellstmöglich“ wieder einen ausgeglichenen Haushalt an.<sup>39</sup>

Seit einigen Wochen sucht Hilbers Unterstützung für seine Positionen. Begonnen mit Ludger Schuknecht, Ex-Chefvolkswirt von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble<sup>40</sup>, legte das Niedersächsische Finanzministerium Anfang Juni 2021 nach. Zum Thema „Wie gestaltet sich eine solide Finanzpolitik in der Post-Corona-Zeit?“ waren Clemens Fuest (Präsident des ifo-Instituts) und Claudia Buch (Direktorium Deutsche Bundesbank) eingeladen.<sup>41</sup> Entgegen Hilbers Panik vor zu hohen Staatsschulden lobten Fuest und Buch die deutsche und auch die europäische Corona-Krisenpolitik und warnten vor einem zu frühen Zurückfahren der Fiskalpolitik.<sup>42</sup> Fuest sieht zudem investive Verschuldungsspielräume auch ohne Notlage und mit der Schuldenbremse z.B. durch Kommunen oder öffentliche Institutionen wie die Deutsche Bahn.<sup>43</sup> Dies unterstützt Hilbers nicht.

### 6. „Wie ‚sozial‘ ist die ‚Soziale Marktwirtschaft?‘“<sup>44</sup>

Hilbers vermischt die unterschiedlichen Ansätze von Erhard, Müller-Armack und Nell-Breuning ohne auf die relevanten Differenzen einzugehen. Implizit favorisiert er aber offenbar die Ansätze von Erhard und Eucken, die mittels wettbewerblichen Marktrahmen auch die sozialpolitischen Aufgaben erfüllt sahen. Eine eigenständige Sozialpolitik erübrige sich somit.

<sup>35</sup> Z.B. Müller-Jentsch (2017)

<sup>36</sup> Tietmeyer (2010), S. 2. Tietmeyer sieht wichtige „geistige Vorarbeiten“ zur sozialen Marktwirtschaft u.a. auch durch Keynes. (S. 1)

<sup>37</sup> Weidenfeld (2019). Sie ist Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung.

<sup>38</sup> Biebricher, Ptak (2020); S. 23

<sup>39</sup> Presseinformation des Nds. Finanzministeriums vom 13.01.2021, vgl. hierzu Keynes-Gesellschaft | Regionalgruppe Nord (2021a).

<sup>40</sup> hierzu Keynes-Gesellschaft | Regionalgruppe Nord (2021b)

<sup>41</sup> Nds. Finanzministerium (2021)

„In einer ordnungspolitisch korrekt funktionierenden Marktwirtschaft bestand nach Ludwig Erhards Auffassung kein Bedarf mehr an autonomer Sozialpolitik, da auch die prekären Gesellschaftsschichten von Wachstum und Wohlstandsmehrung profitieren würden. Bis dahin hatten sich sozialpolitische Maßnahmen den Grundprinzipien der ökonomischen Vernunft unterzuordnen.“<sup>45</sup>

Konträr hierzu Konrad Adenauer: „Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen, nicht der Mensch der Wirtschaft.“<sup>46</sup>

Müller-Armack und Miksch sahen dagegen eine nachsteuernde Sozialpolitik als nötig an. Nell-Breuning sprach sich deutlich gegen eine wettbewerbliche Selbststeuerung der Märkte aus.

„Im Gegensatz zu Müller-Armack und den Neoliberalen kann ich den Wettbewerb, auch den noch so geschickt institutionalisierten Wettbewerb, nicht als ausreichendes Instrument und noch weniger als Ordnungsprinzip der Wirtschaft ansehen; der Wettbewerb allein reicht nicht aus, damit die Wirtschaft auch nur einigermaßen reibungslos funktioniert, noch viel weniger, um den sozial befriedigenden Vollzug und ein sozial gerechtes Ergebnis der Wirtschaft zu gewährleisten.“<sup>47</sup>

### 7. „Gute alte Zeit“

Die von CDU/CSU ersehnte Anknüpfung an die „gute alte Zeit“ war vielleicht gar nicht so gut, wie sie glauben.

**Tabelle 1 Steuergrenzsatztarif des Jahres 1952 (in DM)<sup>48</sup>**

zu verst. Eink.	Steuerbetrag +	... übersteigenden Betrags		
bis 750	0			
bis 1.200	0 +	10% des 750 DM ...		
bis 2.400	45 +	15% des 1.200 DM ...		
bis 3.600	225 +	20% des 2.400 DM ...		
bis 4.800	465 +	25% des 3.600 DM ...		
bis 6.000	765 +	30% des 4.800 DM ...		
bis 7.200	1.125 +	35% des 6.000 DM ...		
bis 9.000	1.545 +	40% des 7.200 DM ...		
bis 20.000	2.265 +	45% des 9.000 DM ...		
bis 30.000	7.215 +	50% des 20.000 DM ...		
bis 40.000	12.215 +	55% des 30.000 DM ...		
bis 60.000	17.715 +	60% des 40.000 DM ...		
bis 80.000	29.715 +	70% des 60.000 DM ...		
bis 100.000	43.715 +	75% des 80.000 DM ...		
bis 150.000	58.715 +	80% des 100.000 DM ...		
bis 200.000	98.715 +	85% des 150.000 DM ...		
bis 250.000	141.215 +	90% des 200.000 DM ...		
> 250.000	186.215 +	95% des 250.000 DM ...		
<b>Beispiele:</b>	<b>Steuerbetrag</b>	<b>+ ...</b>	<b>Steuersatz</b>	
1.000	0 +	250*0,10 =	<b>25</b>	2,50%
10.000	1.545 +	1.000*0,40 =	<b>400</b>	19,45%
100.000	43.715 +	20.000*0,75 =	<b>15.000</b>	58,72%
250.100	186.215 +	100*0,95 =	<b>95</b>	74,49%
500.000	186.215 +	250.000*0,95 =	<b>237.500</b>	84,74%

<sup>42</sup> Nds. Finanzministerium (2021), Fuest: 35:00, Buch: 37:45, 38:45 insbes. 40:45 und 44:05; ähnlich auch G7 (2021), S. 9

<sup>43</sup> Nds. Finanzministerium (2021) Fuest: 34:50 (öffentliche Investitionen stärken), 1:04:50 (Kommunen, Dt Bahn). S. auch Fuest (2021)

<sup>44</sup> Nell-Breuning (1990)

<sup>45</sup> Löttel (2020)

<sup>46</sup> Zitiert nach Löttel (2020)

<sup>47</sup> Nell-Breuning (1990); S. 236 f.

<sup>48</sup> Wikipedia, Tarifgeschichte der Einkommensteuer in Deutschland



### Spitzensteuersatz

Der Spitzensteuersatz betrug 1946 95%. Der bis 1958 geltende Stufengrenzsatztarif kannte keine Tarifstruktur. 1955 betrug der Spitzensatz 63,45%. 1958 sank er dann auf 53% (Tab. 1).

Nach Hilbers hätte mit diesen „Erdrosselungsabgaben“ das Wirtschaftswunder der 50er Jahre gar nicht stattfinden dürfen.

### Währungsreform 1948

Mit der Währungsreform ging auch eine Entwertung von Forderungen gegen das Deutsche Reich einher. Die durch ungleiche Aktiv- und Passivumrechnungen entstandenen Bilanzlöcher bei Banken und Versicherungen wurden durch niedrigverzinsliche Ausgleichsforderungen gedeckt, deren Rückzahlung auf bis zu 47 Jahre gestreckt wurde.

### Lastenausgleich (Vermögenssteuer)

Das Lastenausgleichsgesetz von 1952 entschädigte Vermögensschäden oder andere Nachteile infolge des 2. Weltkrieges und seiner Nachwirkungen. Hierzu wurde eine Abgabe in Höhe von 50% auf das bestehende Vermögen nach der Währungsreform erhoben. Die Steuerzahlung wurde auf 30 Jahre gestreckt.<sup>49</sup>

### 8. Fazit: Soziale Marktwirtschaft heute<sup>50</sup>

Die nationalstaatliche Abschottung in der Nachkriegszeit kannte noch keinen Steuerwettbewerb, Kapitalflucht und Steuerermeidung durch internationale Steuergestaltung. Wie kann Amazon besteuert werden? Antworten hierauf findet man nicht bei Ludwig Erhard.

Stattdessen geht es um die Weiterentwicklung zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft. So wie der Markt allein das Soziale unbeachtet lässt, ist er blind für ökologische Aspekte. Erst durch eine intelligente Ordnungspolitik (Anreize, Ver-/Gebote, Marktordnung) und Initiativen des Staates (Förderung, Forschung, Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Umverteilung, Aufsicht) kann dies gelingen. Die Verfügbarkeit von Geldmitteln ist dabei eine unbedingte, aber keine hinreichende Bedingung.

#### Quellen:

BCG (2021), Global Wealth 2021, 10.06.2021 (<https://web-assets.bcg.com/d4/47/64895c544486a7411b06ba4099f2/bcg-global-wealth-2021-jun-2021.pdf>)

Biden, Joe (2021); Presidential Adress to Congress, 28.04.2021 (<https://edition.cnn.com/2021/04/28/politics/biden-congress-address-transcript/index.html>)

Biebricher, Thomas; Ptak, Ralf (2020); Soziale Marktwirtschaft und Ordoliberalismus zur Einführung, Hamburg

BMU (2021), Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Treibhausgasemissionen sinken 2020 um 8,7 Prozent, Pressemitteilung vom 16.03.2021

Buhlmann, Florian; Hebsaker, Michael; Siegloch, Sebastian (2021); Reformvorschläge der Parteien zur Bundestagswahl 2021 – Finanzielle Auswirkungen; ZEW-Kurzexpertise, 08.07.2021

([https://www.zew.de/fileadmin/FTP/ZEWKurzexpertisen/ZEW\\_Kurzexpertise2105.pdf?v=1625748330](https://www.zew.de/fileadmin/FTP/ZEWKurzexpertisen/ZEW_Kurzexpertise2105.pdf?v=1625748330))

Bundesverfassungsgericht (2021), Verfassungsbeschwerden gegen das Klimaschutzgesetz teilweise erfolgreich, Pressemitteilung Nr. 31/2021 vom 29. April 2021

CDU/CSU (2021), Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021

Deutscher Bundestag (2003), Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder, Stenografischer Bericht, 32. Sitzung, 14.03.2003

DGB (2021), DGB Verteilungsbericht 2021: Ungleichheit in Zeiten von Corona, Januar 2021 (<https://www.dgb.de/themen/+co++1672f9ca-5c8c-11eb-af7c-001a4a160123>)

Felbermayr, Gabriel; Feld, Lars P.; Fuest, Clemens; Grimm, Veronika; Schmidt, Christoph M.; Wieland, Volker; Rückkehr zur Marktwirtschaft statt „neues ökonomisches Denken“, in: FAZ 09.07.2021

Fratzscher, Marcel (2016); Verteilungskampf, München 2016

Fuest, Clemens (2021); Warum die Kritiker der Schuldenbremse Unrecht haben, Gastbeitrag in WirtschaftsWoche vom 12.03.2021

G7 (2021), Unsere gemeinsame Agenda für globales Handeln, um gestärkt aus dieser Krise hervorzugehen, Abschlusserklärung des G7-Gipfels von Carbis Bay, 13.06.2021 (<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1928210/d28a4d5847561eea4fb7827df02d0937/2021-06-13-g7-abschlusserklaerung-deutsch-data.pdf?download=1>)

Gechert, Sebastian; Heimberger, Philipp (2021); Do corporate tax cuts boost economic growth? IMK Working Paper, Düsseldorf, 31.05.2021

Germanomics (2021) – Wo steht die Soziale Marktwirtschaft, Dokumentarfilm von Philipp Stachelsky und Mike Friedrich, m01.06.2021 (<https://makronom.de/dokumentarfilm-germanomics-wie-weiter-mit-der-sozialen-marktwirtschaft-39115>)

Greffrath, Matthias (2021); Follow the Science, Follow the Law! Die Klimakrise und die Zukunft des Staates, Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/2021, S. 61-68

Herrmann, Ulrike (2019); Deutschland, Ein Wintermärchen, Westend Verlag 2019

Hilbers, Reinhold (2021); Die breite Mitte stärken zurück zu den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft und einer stabilitätsorientierten Finanzpolitik, 18.05.2021 (<https://reinhold-hilbers.de/die-breite-mitte-staerken-zurueck-zu-den-grundsuetzen-der-sozialen-marktwirtschaft-und-einer-stabilitaetsorientierten-finanzpolitik/>)

Hirschel, Dierk (2021), CDU-Wahlprogramm: Zwischen „Voodoo-Ökonomie“ und Reichtumpflege, Vorwärts, 26.06.2021

Jarass, Lorenz; Tokman, Anthony; Wright, Mark (2018), USA-Steuerreform 2018: Steuern und Sozialabgaben im Vergleich mit Deutschland, in: Internationales Steuerrecht 4/2018, S. 143-155 ([http://www.jarass.com/Steuer/A/USA\\_Steuerreform\\_Vergleich\\_USA\\_D\\_v1.68\\_IStR\\_published.pdf](http://www.jarass.com/Steuer/A/USA_Steuerreform_Vergleich_USA_D_v1.68_IStR_published.pdf))

Keynes-Gesellschaft | Regionalgruppe Nord (2021a), NDS 2030: Heute investieren, um morgen besser zu leben!, Finanzpolitik in Niedersachsen zwischen Investieren und Konsolidieren, Standpunkt 02, 29.01.2021

Keynes-Gesellschaft | Regionalgruppe Nord (2021b), Finanzminister Hilbers sucht Rat. Aber am falschen Ort! Warum Südkorea und Marktradikalität keine Vorbilder sind, Standpunkt 04, 14.04.2021

<sup>49</sup> Für eine Wiederauflage des Lastenausgleichs zur Verteilung der Corona-Lasten s. Sieling (2020)

<sup>50</sup> S. hierzu auch der Dokumentarfilm Germanomics (2021)

Keynes-Gesellschaft | Regionalgruppe Nord (2021c), Wahlkampf 2021 – Öffentliche Investitionen sind nötig und möglich!, Standpunkt 05, 17.06.2021

Laschet, Helmut (2021); Post-Corona-Zeiten – Für Kliniken gibt es kein Zurück zur guten alten Zeit, Ärztezeitung (online) 07.05.2021

Löttel, Holger (2020); Adenauer, Erhard und der Markt, 20.01.2020 (<https://www.ludwig-erhard.de/erhard-aktuell/forum/adenauer-erhard-und-der-markt/>)

MDR (2021), OECD-Bildungsdirektor warnt vor erneuten Schulschließungen, 11.07.2021 (<https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/corona-oecd-schulschliessungen-deutschland-100.html>)

Müller-Jentsch, Walter (2017); Nicht Ludwig Erhards Erfindung, in Mitbestimmung 11/2017

Nell-Breuning, Oswald von (1990); Wie „sozial“ ist die „Soziale Marktwirtschaft“, in: Den Kapitalismus umbiegen, Düsseldorf, S. 222 – 238

Niedersächsisches Finanzministerium (2021), Wie gestaltet sich eine solide Finanzpolitik in der Post-Corona-Zeit? online-Diskussion mit Clemens Fuest, Claudia Buch und Reinhold Hilbers, 02.06.2021 (<https://www.youtube.com/watch?v=MN1j1goQgd0>)

OECD/G20 (2021), Addressing the tax challenges arising from the digitalisation of the economy, Base Erosion and Profit Shifting Project (BEPS), Juli 2021

Sieling, Carsten (2020), Gerecht wachsen mit einer Abgabe auf große Vermögen, Frankfurter Rundschau, 21.07.2020

Sigl-Glöckner, Philippa; Krahé, Max; Schneemelcher, Pola; Schuster, Florian; Hilbert, Viola; Meyer, Henrika (2021); Eine neue deutsche Finanzpolitik, Dezernat Zukunft, 15.06.2021 (<https://dezernatzukunft.org/wp-content/uploads/2021/06/Eine-neue-deutsche-Finanzpolitik-29.6.-2.pdf>)

Süddeutsche Zeitung (2021); Wer profitiert, wer verliert, 07.07.2021 (<https://projekte.sueddeutsche.de/artikel/wirtschaft/steuern-wer-von-den-plaenen-der-parteien-profitiert-e954474/?reduced=true>)

Tietmeyer, Hans (2010); Soziale Marktwirtschaft in Deutschland: Entwicklungen und Erfahrungen, Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, Nr. 10/4, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung, Abt. für Wirtschaftspolitik

Weidenfeld, Ursula (2019); Runter vom Sockel, Herr Erhard!, Rezension von Ulrike Herrmann, Deutschland, Ein Wintermärchen, Deutschlandfunk, 28.09.2019 ([https://www.deutschlandfunkkultur.de/ulrike-herrmann-deutschland-ein-wirtschaftsmaerchen-runter.1270.de.html?dram:article\\_id=459853](https://www.deutschlandfunkkultur.de/ulrike-herrmann-deutschland-ein-wirtschaftsmaerchen-runter.1270.de.html?dram:article_id=459853))

Windels, Torsten (2012); Was ist Wirtschaft oder: Wie geht Wachstum? – Die dritte und vierte Dimension der Ökonomie, RegioPol, Zeitschrift für Regionalwirtschaft, Nr. 9, 1/2012, S. 5-17

Windels, Torsten (2020); Ständestaat – In der Krise werden Konflikte klarer – „Dass, was der Staat aktuell an Hilfen zahlt, hat er vorher von der Wirtschaft bekommen.“, Im Gegenlicht 03, 19.04.2020

---

Verantwortlich: **Dr. Arno Brandt**, Am Speicher 17, 21337 Lüneburg und **Torsten Windels**, F.-Wallbrecht-Str. 20, 30163 Hannover

---

#### Hinweis:

Die **Keynes-Gesellschaft | Regionalgruppe Nord** ist Teil der Keynes-Gesellschaft ([www.keynes-gesellschaft.de](http://www.keynes-gesellschaft.de)). Das Ökonomen-Netzwerk tauscht sich zu wirtschaftstheoretischen und -politischen Fragen aus, organisiert oder beteiligt sich an Diskussionsveranstaltungen und veröffentlicht auch Stellungnahmen. Dies können auch Autorenbeiträge sein, die nicht unbedingt der Meinung aller Mitglieder entsprechen müssen.

#### Standpunkte der Keynes-Gesellschaft | Regionalgruppe Nord:

01 – **Schuldenbremse – eine fiskalpolitische Selbstentmachtung**, Anmerkungen zur Verankerung der Schuldenbremse in der Niedersächsischen Verfassung, 21.05.2019

02 – **NDS 2030: Heute investieren, um morgen besser zu leben!**, Finanzpolitik in Niedersachsen zwischen Investieren und Konsolidieren, 29.01.2021

03 - **Die NBank ist zu klein – Niedersachsen bleibt unter seinen Möglichkeiten**, Die Landesentwicklung sollte auch durch eine Aufwertung der NBank unterstützt werden, 09.03.2021

04 - **Finanzminister Hilbers sucht Rat. Aber am falschen Ort!** Warum Südkorea und Marktradikalität keine Vorbilder sind, 14.04.2021

05 – **Wahlkampf 2021 – Öffentliche Investitionen sind nötig und möglich!**, 17.06.2021

06 – **Investieren statt Sparen – Was ist solide in der Finanzpolitik?**, 12.07.2021